

Pflege-Reform droht an der Realität zu scheitern: Hauswirtschaft als „dritte Säule“ fehlt im Zukunftspakt Pflege

AHDW fordert klare Verankerung im SGB XI und ein Haushaltsbudget Pflege von 400 Euro pro Monat – damit häusliche Pflege stabil bleibt, Angehörige entlastet werden und Heimaufnahmen vermieden werden

Berlin/Nörten-Hardenberg, 01.03.2026 – Der Verein **Allianz haushaltsnahe Dienstleistungswirtschaft** warnt, dass das Eckpunktepapier „Zukunft Pflege / Zukunftspakt Pflege“ der Bundesregierung zentrale Teile der Versorgungsrealität ausblendet: **Die hauswirtschaftliche Versorgung wird faktisch nicht berücksichtigt.** Auf diese ist der Großteil der zu Hause gepflegten Menschen angewiesen. Damit drohten die richtigen Ziele – mehr ambulante Pflege, Entlastung der Angehörigen, stabile Pflegeversicherung – in der Praxis zu scheitern.

„Wer ambulante Pflege stärken will, muss die Alltagsbewältigung absichern – und die findet im Haushalt statt: Ernährung, Einkauf, Reinigung, Begleitung und soziale Teilhabe“, sagt Dagmar Crzan, AHDW e.V. „Ohne Hauswirtschaft bleiben die Reformziele Theorie. In der Praxis drohen mehr Überlastung, mehr Heimaufnahmen und am Ende höhere Kosten für Pflegekassen und Kommunen.“

86 Prozent werden zu Hause versorgt – aber die Reform blendet den Hebel aus

In Deutschland werden **86 % der rund 5,7 Millionen Pflegebedürftigen zu Hause versorgt.** In vielen Fällen steht nicht medizinische Pflege im Mittelpunkt, sondern die Stabilisierung des Alltags. Genau hier wirkt hauswirtschaftliche Unterstützung als zentraler Hebel: Sie **entlastet Angehörige, erhält Selbstständigkeit und kann stationäre Pflege vermeiden oder deutlich verzögern.**

Kostenlogik spricht für Hauswirtschaft: Zuhause pflegen ist wesentlich günstiger als das Heim

[Das Positionspapier](#) verweist auf einen deutlichen Kostenkontrast (Beispiel Pflegegrad 3): Während ein vollstationärer Pflegeplatz Gesamtaufwendungen von rund **5.000–5.200 Euro monatlich** auslöst, liegt die ambulante Versorgung mit Pflegesachleistung plus Entlastungsbeitrag bei **1.628 Euro** – ergänzt um hauswirtschaftliche Hilfen nach Bedarf. Zusätzlich entstehen bei stationärer Unterbringung häufig erhebliche kommunale Folgekosten („Hilfe zur Pflege“) bei nicht tragfähigen Eigenanteilen.

Pflegende Angehörige im Druck: 1,22 Millionen reduzieren oder beenden Erwerbsarbeit

Die Belastung trifft nicht nur Pflegebedürftige, sondern auch die Volkswirtschaft: Laut den im Papier zusammengetragenen Zahlen gibt es ca. **7,1 Mio. pflegende Angehörige. 1,22 Mio. Menschen** haben zur Pflege **Arbeitszeit reduziert oder die Erwerbstätigkeit aufgegeben** – mit Folgen für Sozialversicherungsbeiträge, Rentenbiografien und Armutsrisiken, besonders bei Frauen. Hauswirtschaftliche Unterstützung kann hier konkret entlasten und Erwerbstätigkeit stabilisieren bzw. reaktivieren.

Forderungen des AHDW: Hauswirtschaft systematisch verankern

Der AHDW eV fordert eine klare Korrektur des Reformpakets – mit verbindlichen Regelungen statt Kann-Leistungen:

1. Rechtsklare Anerkennung im SGB XI

Hauswirtschaftliche Unterstützung als **eigenständige Regelleistung** – nicht als Randposition.

2. Einführung eines „Haushaltsbudgets Pflege“

Ein **monatliches, flexibel nutzbares Budget von 400 Euro** für alltagsnahe Unterstützung – **unbürokratisch, wirksam, kosteneffizient.**

3. Verbindliche Stärkung kommunaler Strukturen

Kommunen benötigen **gesicherte Finanzierung**, um lokale Grundversorgungsnetze für hauswirtschaftliche Hilfe aufzubauen und vorzuhalten.

4. Unabhängige Kostenfolgenabschätzung

Belastbare Bewertung der Effekte auf Heimeintritte, Verweildauern, Angehörigenbelastung und gesamtwirtschaftliche Folgen.

5. Personal- und Qualifizierungsoffensive in Pflege und Hauswirtschaft

Faire Bezahlung, Qualifizierung, Standards – Pflege und Hauswirtschaft als **gleichwertig und komplementär.**

6. Gleichstellungspolitische Korrektur

Unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit reduzieren; Pflegezeiten verlässlich absichern.

„Hauswirtschaft ist kein ‘Lifestyle Goody’, sondern Infrastruktur der häuslichen Pflege“, so Marius Baumgärtel. „Wenn die Bundesregierung ambulant wirklich stärken will, muss sie die Leistungen finanzieren, die den Alltag tragen – sonst wird die Reform teurer, unsozialer und wirkungslos.“

Pressekontakt

Allianz haushaltsnahe Dienstleistungswirtschaft e.V. ([AHDW](#))

Ansprechperson: Marius Baumgärtel

0176 72 99 56 07 | presse@ahdw.de